

„Solidarität darf kein Akt der Gnade sein“

Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz zur EU-Verfassung und Polens Rolle in der Gemeinschaft

Bundeskanzler Schröder ist sehr unzufrieden damit, dass Polen weitreichende Veränderungen am Entwurf für eine Europäische Verfassung fordert. Auch Ihr Festhalten am Nizza-Vertrag, was den Abstimmungsmodus im Europäischen Rat angeht, gefällt dem Kanzler nicht.

Es ist natürlich mein Wunsch, dass der Bundeskanzler immer zufrieden ist, besonders wenn es um die deutsch-polnischen Beziehungen geht. Aber als polnischer Außenminister muss ich die Sichtweise meines Landes vertreten. Und ich bin davon überzeugt, dass die Ratio diesmal auf unserer Seite ist. Der Nizza-Vertrag ist Teil des internationalen Rechts, da er von den EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde. Außerdem ist er Bestandteil der Beitrittsverträge der neuen EU-Mitglieder.

Die populistische Parole „Nizza oder Tod“ ist in Ihrem Land populär. Hängen die EU-Perspektiven Polens hauptsächlich von der Stim-

menge im Europäischen Rat ab?

Diese Losung wurde im Rahmen einer hitzigen Debatte des polnischen Parlaments ausgesprochen. Man sollte nicht zuviel hineininterpretieren. Das Standing Polens in der EU wird von drei Elementen abhängen, die gleichgewichtig sind und nicht voneinander getrennt werden dürfen. Das sind zum einen das Potenzial unseres Landes und die Fähigkeiten unserer Bürger. Das ist weiterhin unser Engagement in der Gemeinschaft. Und das ist zum dritten die rechtliche Absicherung unserer Position in der Europäischen Union.

Sie haben wiederholt betont, dass gerade die deutsche Öffentlichkeit die großen Reformanstrengungen Polens im Vorfeld des EU-Beitritts zu wenig würdige.

Ich glaube, dass es in Polen sehr viele Menschen gibt, die viel über Westeuropa wissen, während im Westen die Kenntnisse über Mittel- und Osteuropa relativ gering sind.

Man sollte detaillierter die großen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen beschreiben, die Polen auf den Weg gebracht hat. Denn die Bedingungen, unter denen diese Reformen verwirklicht wurden, waren weitaus schwieriger als in den hoch entwickelten Staaten des Westens, die zudem über größere soziale Schutzmechanismen verfügen.

Befürchten Sie, befürchten viele Polen eine Dominanz Deutschlands und Frankreichs bei wichtigen EU-Entscheidungen?

Es geht nicht darum, die Namen einzelner Staaten zu nennen. Mal angenommen, die künftige, aus 25 Staaten bestehende EU wäre so konstruiert, dass zwei Staaten darin eine dominante Position erhalten und darüber entscheiden können, was in der EU praktisch abläuft und in welche Richtung sich die Gemeinschaft entwickelt, dann würden dadurch Hauptwerte und Grundsätze der europäischen Integration in Frage gestellt.

Einer der wichtigsten Werte ist die Solidarität. Diese darf aber nicht ein Akt der Gnade sein, sondern muss Ausdruck des gemeinsamen Bewusstseins sein. Und die Praxis der EU zeigt doch, dass es immer wieder gelungen ist, Kompromisse zu finden. Verabschiedet man sich von der Kultur des Kompromisses, weil man größere Effektivität und eine besonders verstandene Effizienz erzielen will, dann läuft man Gefahr, dass es immer mehr Unzufriedene gibt, die bei solchen Lösungen verlieren.